

Die US-Rechtsexpertin Prof. Majorie Cohn hält den Abschuss der US-Spionagedrohne durch die iranische Luftabwehr für völkerrechtlich gerechtfertigt.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 074/19 – 26.06.19

Der Iran hatte das Recht, die US-Spionagedrohne abzuschießen

Von Prof. Majorie Cohn
Global Research, 23.06.19

(<https://www.globalresearch.ca/iran-had-legal-right-shoot-down-us-spy-drone/5681461>)

Die *New York Times* hat berichtet, am 20. Juni habe Präsident Trump als Vergeltung für den Abschuss einer US-Drohne [s. <https://truthout.org/articles/accusing-us-of-intrusion-in-national-airspace-iran-shoots-down-us-drone/>] Militärschläge gegen den Iran angeordnet, sie dann aber nicht ausführen lassen. Von Offiziellen hat die *New York Times* erfahren, dass iranische Radargeräte und Raketenbatterien angegriffen werden sollten [s. <https://www.nytimes.com/2019/06/20/world/middleeast/iran-us-drone.html>].

Trump twitterte:

"Wir waren gestern Abend darauf vorbereitet, zur Vergeltung drei iranische Basen anzugreifen. Als ich einen General fragte, wie viele Menschen dabei getötet würden, nannte er die Zahl 150. Weil ich es für unangemessen halte, wegen des Abschusses einer unbemannten Drohne so viele Menschen zu töten, habe ich die Angriffe 10 Minuten vor Beginn gestoppt."

Am 21. Juni hat *Newsweek* kurz nach Mitternacht berichtet, die geplanten US-Militärschläge seien nur 72 Stunden aufgeschoben worden [s. <https://www.newsweek.com/us-military-strikes-iran-drone-1445116>].



Grafik entnommen aus <https://www.nytimes.com/2019/06/20/world/middleeast/iran-us-drone.html>

Am 19. Juni wurde eine unbemannte US-Überwachungsdrohne von einer iranischen Boden-Luft-Rakete getroffen. Das Weiße Haus behauptete, seine Drohne habe sich mindestens 20 Meilen vor der iranischen Küste im internationalen Luftraum befunden [s. <https://www.latimes.com/politics/la-na-pol-drone-shutdown-iran-20190620-story.html>], während der Iran darauf bestand, dass sie im iranischen Luftraum abgeschossen wurde. Nach den

vom Iran präsentierten GPS-Koordinaten befand sich die US-Drohne nur acht Seemeilen (14,8 km) vor der iranischen Küste innerhalb der 12-Meilen-Zone (22,2 km), also nach der U.N. Convention on the Law of the Sea über iranischen Gewässern [s. https://www.un.org/depts/los/convention_agreements/texts/unclos/part2.htm (und <https://de.wikipedia.org/wiki/Seerechts%C3%BCbereinkommen>)].

Der Iran ist nach dem Völkerrecht dazu berechtigt, seinen eigenen Luftraum zu kontrollieren. Und die USA können sich nicht auf ihr Recht zur Selbstverteidigung berufen, weil der Iran sie nicht angegriffen hat.

Sowohl die USA als auch der Iran sind der Chicago Convention on International Aviation beigetreten (s. dazu auch https://de.wikipedia.org/wiki/Abkommen_%C3%BCber_die_Internationale_Zivilluftfahrt), in der festgelegt ist, "dass jeder Staat die komplette und uneingeschränkte Souveränität über seinen Luftraum hat."

Die Souveränität des Irans über seinen Luftraum schließt auch das Recht ein, eine unbemannte Drohne abzuschießen, die ohne seine Zustimmung in seinen Luftraum eingedrungen ist.

"Obwohl es keine niedergeschriebene gesetzliche Regelung zu dieser Frage gibt, ist es allgemeine Praxis, dass ein Staat Gewalt gegen unbemannte Drohnen anwenden kann, die ohne seine Zustimmung in seinen Luftraum eingedrungen sind," schreiben Ashley Deeks und Scott R. Anderson in *Lawfare*. [s. <https://www.lawfareblog.com/iran-shoots-down-us-drone-domestic-and-international-legal-implications>].

"Nehmen wir einmal an, Washington habe wenigstens diesmal die Wahrheit bezüglich der Entfernung der US-Drohne von der iranischen Küste gesagt, dann hat der Iran trotzdem das Recht, von jedem Fluggerät, das sich seinem Territorium nähert, zu verlangen, dass es sich identifiziert," schreibt H. Bruce Franklin, ein ehemaliger Navigator und Geheimdienstoffizier der U.S. Air Force bei Facebook [s. <https://www.facebook.com/hbrucefranklin/posts/10156253897742724>]. Flugzeuge die sich den USA nähern, müssen sich bei der US-Flugabwehr identifizieren – in einer Zone, die schon 200 Meilen vor der US-Grenze beginnt. "Jede nicht identifizierte Drohne, die in diese 200-Meilen-Zone einfliegt, würde vermutlich auch sofort abgeschossen," fügte Franklin hinzu.

Majid Takht-Ravanchi, der Botschafter des Irans bei den Vereinten Nationen, hat dem UN-Sicherheitsrat mitgeteilt, die Drohne habe auf mehrere über Funk übermittelte Warnungen nicht reagiert und sei erst danach abgeschossen worden.

Ein US-Angriff auf den Iran wäre nicht als Akt der Selbstverteidigung zu rechtfertigen

Wenn die USA den Iran angreifen würden, wäre das (nicht nur) ein Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen [s. <https://www.globalresearch.ca/attack-iran-would-violate-us-international-law/5678687>]. Nach dieser Charta ist die Anwendung militärischer Gewalt nur zur Selbstverteidigung gegen einen bewaffneten Angriff und nur mit Billigung des UN-Sicherheitsrates erlaubt.

Der Internationale Gerichtshof (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Internationaler_Gerichtshof) hat 1986 im Nicaragua Case [s. <https://www.icj-cij.org/files/case-related/70/070-19860627-JUD-01-00-EN.pdf>] entschieden, dass ein "bewaffneter Angriff" nur dann vorliegt, wenn er "mit äußerstem Gewalteinsetz" erfolgt. Beim Abschuss der unbemannten US-Drohne durch den Iran wurde kein US-Soldat verletzt oder getötet. Sogar Trump hat vor Reportern betont, es mache "einen großen Unterschied", dass dabei kein US-Pilot zu Schaden ge-

kommen sei [s. dazu auch <https://www.nytimes.com/2019/06/20/world/middleeast/iran-us-drone.html>].

Der Iran hat keinen bewaffneten Angriff gegen die USA durchgeführt. Nach dem Caroline Case [s. https://avalon.law.yale.edu/19th_century/br-1842d.asp] muss eine sofortige, unaufschiebbare und unabwendbare Notwendigkeit zur Selbstverteidigung bestehen, die keine andere Wahl und keine Zeit zum Überlegen lässt". Diese dringende Notwendigkeit für einen militärischen Angriff der USA auf den Iran liegt hier nicht vor.

Außerdem hat der US-Kongress bisher keinen Angriff auf den Iran autorisiert

Ein US-Angriff auf dem Iran würde auch gegen die War Powers Resolution [weitere Infos dazu s. unter https://avalon.law.yale.edu/20th_century/warpower.asp (und https://de.wikipedia.org/wiki/War_Powers_Resolution)] verstoßen, die nur drei Situationen verzeichnet, bei deren Eintreten der Präsident die US-Streitkräfte in einen Kampfeinsatz schicken darf.

Erstens, wenn der US-Kongress einem anderen Staat den Krieg erklärt, was er seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nie mehr getan hat. Zweitens, in "einem nationalen Notfall, der durch einen Angriff auf die USA, ihre Territorien oder Besitzungen oder ihre Streitkräfte entstanden ist"; der Verlust einer US-Drohne kann jedoch keinen "nationalen Notfall" auslösen. Drittens, wenn dafür eine spezielle Genehmigung wie die Authorization for the Use of Military Force (AUMF, weitere Infos dazu sind aufzurufen unter https://de.wikipedia.org/wiki/Authorization_for_Use_of_Military_Force_Against_Terrorists) vorliegt.

2001 hat der US-Kongress eine AUMF beschlossen, die den Präsidenten dazu ermächtigt hat, militärische Gewalt gegen Personen, Gruppierungen und Staaten anzuwenden, die an den 9/11-Anschlägen beteiligt waren. In den letzten 18 Jahren haben drei Präsidenten die AUMF aus dem Jahr 2001 dazu missbraucht, ihre zahlreichen Militärinterventionen zu rechtfertigen.

Das soll gerade wieder geschehen. Außenminister Mike Pompeo hat eine Kampagne gestartet, mit der er Verbindungen zwischen dem Iran und Al-Qaida zu konstruieren versucht [s. <https://www.nytimes.com/2019/06/19/us/politics/us-iran.html>], um unter Bezug auf die AUMF von 2001 einen US-Angriff auf den Iran rechtfertigen zu können. Dazu hat Professor Bruce Riedel von der John Hopkins University gegenüber *Al-Monitor* Folgendes geäußert:

"Al-Qaida hat nicht mit dem Iran im Bett gelegen, was einige immer noch behaupten, sondern das iranische Regime als seinen Feind betrachtet." [s. <https://www.al-monitor.com/pulse/originals/2012/al-monitor/iran-and-al-qaedabr-more-enemies.html>]

Am 19. Juni hat das von den Demokraten kontrollierte Repräsentantenhaus eine Bewilligungsvorlage in Höhe von einer Billion Dollar eingebracht, die auch den Antrag enthält, die AUMF von 2001 innerhalb von acht Monaten aufzuheben. Die demokratische Abgeordnete Barbara Lee aus Kalifornien hat diesen Antrag damit begründet, dass die AUMF als uneingeschränkte Genehmigung für den Einsatz militärischer Gewalt missbraucht wurde; dadurch sei die von der US-Verfassung garantierte alleinige Entscheidungsbefugnis des Kongresses über Krieg oder Frieden ausgehebelt und der US-Regierung übertragen worden. Der von den Republikanern kontrollierte Senat wird diese Bewilligungsvorlage aber nur verabschieden, wenn der AUMF-Antrag zurückgezogen wird.

Der UN-Sicherheitsrat sollte handeln

Die Spannungen zwischen den USA und dem Iran drohen zu eskalieren. Vor einem Jahr

sind die USA aus dem 2015 international ausgehandelten Atomabkommen [s. <https://trouthout.org/articles/an-attack-on-iran-would-violate-us-and-international-law/>], in dem sich der Iran zum Verzicht auf Atomwaffen verpflichtet hat, einseitig ausgestiegen. Trump hat anschließend erneut verheerende Sanktionen gegen den Iran verhängt, dessen Ölexporte daraufhin um die Hälfte geschrumpft sind [s. <https://www.nytimes.com/2019/06/14/us/politics/us-iran.html>].

Als Trump im April die iranischen Revolutionsgarden zur terroristischen Vereinigung erklärt hat, drohte der Iran damit, die Straße von Hormus zu schließen, die ein Drittel der Öltransporte der Welt passieren müssen. Daraufhin hat der Nationale Sicherheitsrat des Irans (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Nationaler_Sicherheitsrat_\(Iran\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Nationaler_Sicherheitsrat_(Iran))) seinerseits das U.S. Central Command (s. https://de.wikipedia.org/wiki/United_States_Central_Command) zur terroristische Vereinigung erklärt. Das nahm Trump zum Anlass, um 2.500 zusätzliche US-Soldaten und einen Flugzeugträger zum Persischer Golf zu beordern.

Am 13. Juni wurden zwei Öltanker – einer fuhr unter japanischer, der andere unter norwegischer Flagge und dessen Mannschaft bestand zu 50 Prozent aus Russen – im Golf von Oman angegriffen. Die USA warfen dem Iran vor, die Angriffe durchgeführt zu haben, was der Iran bestreitet. Weder Japan noch Norwegen haben den Iran für die Angriffe verantwortlich gemacht. "Dass der Iran ausgerechnet ein japanisches Schiff und ein zur Hälfte mit befreundeten Russen bemanntes Schiff ins Visier genommen haben soll, ist eine lächerliche Behauptung," schrieb Craig Murray, ein ehemaliger britischer Botschafter in Usbekistan, in seinem Blog.

Ein US-Angriff auf den Iran wäre nicht nur völkerrechtswidrig, er würde auch die Golfregion und die ganze Welt ins Chaos stürzen. Deshalb sollte der US-Kongress schleunigst die AUMF von 2001 aufheben und sich seine Entscheidungsgewalt über Krieg und Frieden zurückholen. Der UN-Sicherheitsrat muss sofort zusammentreten und handeln. Er muss seinen in der UN-Charta festgelegten Auftrag erfüllen und den Frieden und die Sicherheit in der Golfregion wieder herstellen.

Marjorie Cohn ist eine emeritierte Professorin der Thomas Jefferson School of Law (s. https://en.wikipedia.org/wiki/Thomas_Jefferson_School_of_Law), war früher Präsidentin der National Lawyers Guild (s. https://en.wikipedia.org/wiki/National_Lawyers_Guild), stellvertretende Generalsekretärin der International Association of Democratic Lawyers (s. https://en.wikipedia.org/wiki/International_Association_of_Democratic_Lawyers) und gehört dem Beirat der Veterans for Peace (s. https://en.wikipedia.org/wiki/Veterans_for_Peace) an. Ihr neustes Buch hat den Titel "Drones and Targeted Killing: Legal, Moral and Geopolitical Issues" (Drohnen und gezielte Tötung: Rechtliche, moralische und geopolitische Probleme). Sie schreibt häufig Artikel für Global Research.

(Wir haben den wichtigen Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Die Links in eckigen Klammern waren bereits im Originaltext enthalten, den wir anschließend abdrucken.)

Iran Had the Legal Right to Shoot Down US Spy Drone

By Prof. Marjorie Cohn, June 23, 2019

The New York Times is reporting that on June 20, President Trump ordered military strikes against Iran to retaliate for its shutdown of a U.S. drone, but then pulled back and didn't launch them. Officials told the Times that Trump had approved attacks on Iranian radar and missile batteries.

Trump tweeted,

"We were cocked & loaded to retaliate last night on 3 different sights when I asked, how many will die. 150 people, sir, was the answer from a General. 10 minutes before the strike I stopped it, not proportionate to shooting down an unmanned drone."

Nevertheless, shortly after midnight on June 21, Newsweek reported that regional U.S. military assets have been put on 72-hour standby.

On June 19, an Iranian surface-to-air missile shot down an unmanned U.S. surveillance drone. The White House claimed that its drone was at least 20 miles from Iran, in international airspace, while Iran maintains the drone was in Iranian airspace. Iran presented GPS coordinates showing the drone eight miles from Iran's coast, which is inside the area of 12 nautical miles that is considered Iran's territorial waters under the U.N. Convention on the Law of the Sea.

Iran has the legal right to control its own airspace. The United States has no lawful claim of self-defense that would justify a military attack on Iran.

Both the U.S. and Iran are parties to the Chicago Convention on International Civil Aviation, which provides "that every State has complete and exclusive sovereignty over the airspace above its territory."

Iran's sovereignty over its airspace includes the right to shoot down an unmanned drone present without consent.

"Although there is no black letter law on the question, state practice suggests that a state can use force against unmanned drones that have entered its airspace without consent," Ashley Deeks and Scott R. Anderson wrote at Lawfare.

"Assuming that for once Washington is telling the truth" about how far the U.S. drone was from Iran when it was downed, "it is still undeniable that Iran has the right to demand identification from any aircraft flying this near its territory," H. Bruce Franklin, former Air Force navigator and intelligence officer, wrote on Facebook. U.S. Air Defense Identification Zones extend 200 miles from the U.S. border. "Any unidentified drone" which flew that close to the U.S. "would most likely be shot down," Franklin added.

Iran's ambassador to the United Nations, Majid Takht-Ravanchi, wrote to the Security Council that the drone did not respond to several radio warnings before it was shot down. **An Attack on Iran Would Violate US and International Law**

A U.S. Attack on Iran Would Not Be Lawful Self-Defense

If the United States attacks Iran, it would act in violation of the United Nations Charter. The Charter only allows the use of military force in self-defense after an armed attack or with Security Council approval.

The International Court of Justice held in the 1986 Nicaragua case that an “armed attack” only includes “the most grave forms of the use of force.” No one was injured or killed when Iran shot down the U.S. drone since it was unmanned. Indeed, Trump told reporters it made “a big, big difference” that a U.S. pilot was not threatened.

Iran did not carry out an armed attack against the United States. Under the Caroline case, there must exist “a necessity of self-defence, instant, overwhelming, leaving no choice of means, and no moment for deliberation.” There is no imminent necessity for a U.S. military attack on Iran.

Congress Has Not Authorized a Military Attack on Iran

A U.S. strike on Iran would also violate the War Powers Resolution, which lists three situations in which the president can introduce U.S. Armed Forces into hostilities:

First, after a declaration of war by Congress, which has not occurred since World War II. Second, in “a national emergency created by attack upon the United States, its territories or possessions, or its armed forces.” The loss of a U.S. drone does not constitute a “national emergency.” Third, when there is “specific statutory authorization,” such as an Authorization for the Use of Military Force (AUMF).

In 2001, Congress adopted an AUMF that authorized the president to use military force against individuals, groups and countries that had contributed to the 9/11 attacks. In the past 18 years, three presidents have misused the 2001 AUMF to justify multiple military interventions.

This is happening again. Secretary of State Mike Pompeo has mounted a campaign to link Iran to al-Qaeda in order to make a case that the 2001 AUMF would allow the U.S. to attack Iran. But, as Johns Hopkins professor Bruce Riedel told Al-Monitor,

“Rather than being secretly in bed with each other as some have argued, al-Qaeda had a fairly hostile relationship with the Iranian regime.”

On June 19, the Democratic-controlled House of Representatives passed a \$1 trillion appropriations bill that includes a provision repealing the 2001 AUMF within eight months. Introduced by Rep. Barbara Lee (D-California), it says the AUMF “has been used to justify a broad and open-ended authorization for the use of military force and such an interpretation is inconsistent with the authority of Congress to declare war and make all laws for executing powers vested by the Constitution in the Government of the United States.” But the GOP-controlled Senate will not pass the bill with the AUMF repeal provision in it.

The U.N. Security Council Should Act

Tensions between the United States and Iran have been steadily escalating. One year ago, the U.S. pulled out of the multilateral 2015 nuclear deal, which was working to prevent Iran from obtaining nuclear weapons. Trump then reimposed devastating sanctions against Iran, whose oil exports have fallen by one-half.

After Trump designated Iran's Revolutionary Guard a terrorist group in April, Iran threatened to close the Strait of Hormuz, through which one-third of the world's oil passes. Iran's Supreme National Security Council designated the U.S. Central Command a terrorist organization. Trump ordered 2,500 additional troops and an aircraft carrier to the region.

On June 13, two oil tankers — one Japanese, the other Norwegian with a 50 percent Russian crew — were attacked in the Gulf of Oman. The United States blamed Iran, which denied responsibility for the attack. Neither Japan nor Norway have said Iran was responsible. "That Iran would target a Japanese and a friendly Russian crewed ship is a ludicrous allegation," Craig Murray, former British ambassador to Uzbekistan, wrote on his blog.

Besides being illegal, a U.S. attack on Iran would prove disastrous to the entire region, and indeed, the world. Congress should repeal the 2001 AUMF and assert its authority under the War Powers Resolution. The Security Council must convene immediately and act to fulfill its duty under the Charter to restore international peace and security to the Gulf region.

Marjorie Cohn is professor emerita at Thomas Jefferson School of Law, former president of the National Lawyers Guild, deputy secretary general of the International Association of Democratic Lawyers and a member of the advisory board of Veterans for Peace. Her most recent book is Drones and Targeted Killing: Legal, Moral, and Geopolitical Issues. She is a frequent contributor to Global Research.

<http://www.luftpost-kl.de/>

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern